

Nebrauer Anzeiger

Ämtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“
Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.10 RM — Durch die Post bezogen 1.20 RM.

Schriftleitung: Wihl. Sauer in Köhleben.
Druck-Verlag und Briefadresse: Sauerische Buchdruckerei, Köhleben.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Reich, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Köhleben Nr. 221. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: bis 49 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Rahmen 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.
Bankkonten: Stadtparkasse Nebra — Bankverein Artern.

Nr 93

Donnerstag, den 6. August 1931.

44. Jahrgang

Brüning im Rundfunk.

Selbsthilfe und Vertrauen die Voraussetzungen für eine internationale Hilfsaktion.

Berlin, 5. August.

Reichsminister Dr. Brüning sprach am Dienstag im Rundfunk über die letzte Krise und die Aufgaben für die Zukunft. Die Rede des Reichsministers wurde auf alle deutschen Sender und im Rundfunk baran in englischer Uebersetzung nach Amerika übertragen.

Einstehend erinnerte Reichsminister Dr. Brüning an seine vor sechs Wochen anlässlich des Hoover-Planes gehaltenen Rede im Rundfunk und wies darauf hin, daß eine Warnung vor der Illusion, mit der Annahme des Hoover-Planes seien alle Schwierigkeiten überwunden, nur zu gerechtfertigt gewesen ist. Angesichts der vorbildlichen Art mit der das deutsche Volk das über alle Schichten herabgehobene Unglück ertragen hat, habe es ein Recht darauf, von der Reichsregierung unterrichtet zu werden. In der gesamten Welt habe die Disziplin des deutschen Volkes und sein natürlicher Sinn für Ordnung Anerkennung gefunden.

Die Reichsregierung mußte in den vergangenen Monaten in ihren Maßnahmen, vor allem in der Reparationspolitik, bedürftig vorgehen, weil sie sich gewissermaßen der Lage unseres Heimatlandes schuldig gefühlt hat. Diese Politik wurde vielfach nicht verstanden. Dabei haben sich für Außenstehende die politischen und wirtschaftlichen Ereignisse in den letzten sechs Wochen geradezu überfüllt.

Der Hoover-Plan ist in seinem wesentlichen Inhalt Wirtschaftlich geworden, wenn auch seine mehrwöchige Verzögerung schwere Rückwirkungen auf die deutsche Wirtschaft ausgeübt hat.

In diesen Wochen erfolgte Entziehung kurzfristiger ausländischer Kredite in Milliardenhöhe aus den deutschen Banken bedeutet für unsere Volkswirtschaft eine tiefste und gefährlichste Unterstufe. Starke Störungen des Zahlungsverkehrs und Erschütterungen des gesamten Wirtschaftslebens waren die naturgemäße Folge.

Ein bedeutsamer Fortschritt

Als Ergebnis dieser Krise unverkennbar. Heute ist sich die gesamte Welt darüber einig, daß die Geschichte der Völker miteinander auf das engste verflochten sind, daß Störungen im Organismus eines so großen Wirtschaftskörpers wie Deutschland nicht ohne ernste Rückwirkungen auch im Ausland bleiben können. Kein Politiker kann mehr die Richtigkeit des Satzes bezweifeln, daß die Not eines Volkes nicht der Vorteil der anderen sein kann.

Nach einem Hinweis auf die bevorstehende Reise nach Rom gab der Kanzler dann auch der Hoffnung Ausdruck, daß der in Paris begonnene

deutsch-französische Gedankenaustausch

in einiger Zeit in Berlin in freimütiger Weise fortgesetzt werden wird.

Die Ergebnisse dieser außenpolitischen Besprechungen erklärte der Kanzler weiter, sind naturgemäß nur erste Schritte auf einem Wege, an dessen Ende nach unserer Hoffnung eine dauerhafte internationale Kooperation stehen soll. Zwischen den Erörterungsergebnissen solcher Zusammenkünfte und den durch die dringende Not erregten Hoffnungen wird immer eine schmerzliche Distanz bestehen. So sehr ich dieses Gefühl vernehme und würdige, so beständig wäre es doch, wenn solche Anfangsentscheidungen imlande wären, den entschlossenen Willen Deutschlands zu bekennen, auf dem beschrittenen und auf die Dauer allein aussichtsreichen Wege weiterzugehen.

Im weiteren Verlauf seiner Rede behandelte der Reichsminister dann die Verhandlungen der Sieben-Mächte-Konferenzen in London, wobei er mit großer Klarheit feststellte, daß seine Rede davon sehr kann, daß eine internationale Anleihe wegen einer mangelhaften Prestigepolitik nicht zu erreichen gewesen sei. Wörtlich fuhr der Kanzler dann fort:

„Ich stelle erneut fest, daß eine große Anleihe Augenblicklich und für geraume Zeit außerhalb der realpolitischen Möglichkeiten liegt. Ein Hindernis liegt einmal in der Tatsache, daß zu einer solchen Anleihe die Garantie mehrerer großer Länder notwendig ist, deren Lage zur Zeit ungeschlüsselt ist. Darum sind vorerst Deutschland mit einer Wirtschaft auf Selbsthilfe und auf das Vertrauen auf die eigene Kraft angewiesen.“

Niemand möge hierbei die Belorgnis haben, daß diese Stellungnahme der Reichsregierung der Ausfluß eines übertriebenen Nationalismus sei. Keiner kann von der internationalen Interessensverflechtung überzeugter sein als die Reichsregierung. Es ist ausgeschlossen, daß mit Deutschland mit einer gütlichen Mauer umgeben könnten Deutschlands Wirtschaft ist und bleibt auf enge handelspolitische Zusammenarbeit mit dem Ausland angewiesen.

Ohne Zaudern ist die Reichsregierung schon vor und während der Pariser und Londoner Verhandlungen darauf gegangen, die Forderungen aus dieser Sachlage zu ziehen. Sie kennen die Maßnahmen, die hinsichtlich der Darlehensgeber und Nationalbank und hinsichtlich der Dresdener Bank ergriffen worden sind.

Nach in personeller Hinsicht werden geeignete Schritte erfolgen.

Wirtschaftsplan der Reichsregierung

Devisenverordnung — Banken-Enquete — Gemeindefinanzen.

Der Reichsminister Dr. Brüning war diesmal gut beraten, daß er die Wirtschaftsfragen zu Besprechungen über die Wirtschaftsfrage und die Wirtschaftspläne der Reichsregierung zugegen hatte. Es zeigte sich nämlich in diesen Verhandlungen, daß auch die Wirtschaftsführer im allgemeinen dem Reichsminister Dr. Brüning und dem Vizekanzler Dietrich ihre Zustimmung nicht verlagen konnten. Wenn also wiederum versucht werden sollte, den so oft konträren Gegenlag zwischen Politik und Wirtschaft diesmal wieder zu kontrahieren, so wird das von vornherein nicht gelingen. Bei den Erörterungen kam der

Devisenfrage

besondere Bedeutung zu. Wie es heißt, bestehen innerhalb der Reichsregierung selbst gegen die Devisenverordnung ernsthafte Bedenken, aber, so wird berichtet, die Verordnung sei eben aus dem Devisenmangel heraus geboren, und bei einer Besserung der Lage sei auch eine baldige Erleichterung dieser Verordnung zu rechnen. Den Landesfinanzministern, die die Devisenbewirtschaftung regeln, wird ein Reichsbankdirektor zugeweiht, damit diese Behörden die Aufgaben des Devisenkommissariats erfüllen können. Wie sich die Verordnung in der Praxis auswirken wird, ist im einzelnen nicht zu übersehen, indessen sind aus Kreisen der Exporteure und Importeure die schonen Bedenken laut geworden, und die amtlichen Vertreter der Handelskammern, die gegen diese Regelung bereits bei der Reichsregierung vorgetragen worden. Falls sich handelsvertragliche Schwierigkeiten irgendwelcher Art zeigen sollten, wird es Aufgabe der Reichsregierung sein, im Verhandlungswege diese zu beseitigen, und zwar mit dem Hinweis auf die besondere Devisenlage des Reiches. Am gefährlichsten der schwierigsten Lage, in die der deutsche Export und Import bereits durch die veränderten Zahlungsbedingungen gekommen ist, wird sich die neue Devisenverordnung für ihn doppelt verhängnisvoll auswirken.

Das Hoover-Angebot

über die Rohstofflieferungen darf in seiner Wirkung nicht übersehen werden. Der Reichsfinanzminister Scheele wird das Angebot über die Weizenlieferung wohl kaum akzeptieren. Bei dem übrigen Teil dieses Angebots aber handelt es sich im wesentlichen um die Wiederherstellung der früher geltenden Geschäftsjouven. Ein Hinblick auf

die Bankenaufsicht

ist in nächster Zeit mit Maßnahmen der Reichsregierung zu rechnen. Die endgültige Form dieser Maßnahmen ist zwar noch nicht beschlossen, aber über die Notwendigkeit einer Bankenaufsicht selbst dürfte kein Zweifel bestehen; in Aussicht ist weiterhin eine Banken-Enquete genommen, die in kürzester Frist durchgeführt werden soll.

Das Problem der Mietsenkung

entspringt der persönlichen Initiative des Kanzlers, der davon ausgeht, daß die Mieten in den letzten drei Jahren stabil geblieben sind. Der allgemeinen Erwartung sind die Mieten nicht gefolgt. Ein Abbau der Hauszinssteuer allein würde das Problem nicht lösen können, es müßte unter Umständen ein Umbau dieser Steuer erfolgen, der die Mieten sinken läßt und doch den Finanzbedarf der Länder und Gemeinden sichert. Das Problem der

Gemeindefinanzen

wird in den kommenden Monaten eine ganz besondere Rolle spielen, da mit einem Gesamtdefizit der Gemeinden in Höhe von 800 Millionen RM gerechnet werden muß. Das Sparlassenproblem ist ohne das Finanzproblem der Gemeinden sehr schwer lösbar. Einbrechende Maßnahmen, sei denen es ohne große Härten nicht abgehen wird, werden nicht vermieden werden können. Besser ist aber wird es Aufgabe der Länder sein, vorgezogen. Falls aber gewisse Länder dazu nicht willens oder nicht in der Lage sind, wird es alsdann die Aufgabe des Reiches sein, von sich aus die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen.

Die Stillhalteverhandlungen.

Prolongation kurzfristiger Kredite.

Newport, 5. August

Auf Grund Newporter Meldungen ist die Meinung aufgetaucht, daß der amerikanische Bankier, der mit der Reichsbank die Verhandlungen über die Verlängerung der kurzfristigen Kredite führte, nicht für alle großen Institute bevollmächtigt war. Nach neueren Meldungen wollen Newporter Banken gewisse Kategorien kurzfristiger Kredite, insbesondere Warenwechsel, von der Schonfrist ausgenommen haben, um einmal eine Disantierung solcher Akzepten durch die Federal Reservebanken herbeizuführen, und zweitens die Weiterführung derartiger Wechselgeschäfte, die durch die Devisenkontrolle der Reichsbank gefährdet ist, zu gewährleisten.

Dagegen sind die Banken bereit, die an deutsche Gemeinden und Bankfirmen gegebenen kurzfristigen Kredite noch für eine noch zu bestimmende Zeit zu prolongieren. Wallstreet verlangt aber, daß hinsichtlich der Behandlung der deutschen kurzfristigen Kredite völliges Einvernehmen mit den englischen, französischen, holländischen und Schwei-

zer Bankiers herbeigeführt wird, was weitere Verhandlungen erfordert. Diese dürften zweifellos einige Tage in Anspruch nehmen.

Die Umwandlung der kurzfristigen Kredite in langfristige Kredite wird in Wallstreet-Kreisen als unpraktisch, ja sogar als unvernünftig erklärt. Man argumentiert, daß der in London eingeleitete Finanzausfluß besser wäre, über die Möglichkeit zusätzlicher langfristiger Kredite zu verhandeln, denn erstens könnte man von feierem Bankier erwarten, daß er ohne weiteres einer Umwandlung zustimme, zweitens brauche Deutschland langfristige Kredite, um seinen Außenhandel aufrechtzuerhalten.

Französische Beteiligung gesichert.

Am Verlauf der Ausbühmung der Großbankverträge wurden die deutschen Vorkrisen noch einmal eingehend geprüft und nur geringfügige Änderungen beantragt. Die französische Beteiligung am Stillhaltekonjunktur ist gesichert, und man hat in dieser Frage von Paris aus keine Schwierigkeiten mehr zu erwarten.

Der bei den Verhandlungen gewonnene Eindruck wird von deutscher Seite als durchaus günstig betrachtet. Ebenso soll auch auf französischer Seite über die deutschen Vorkrisen Besprechungen beruhen.

Keine Hilfsmaßnahmen für die holländischen Gläubiger

Die holländische Regierung war von einem Mitglied der Zweiten Kammer gefragt worden, ob sie angesichts der Krise in der sich das deutsche Bank- und Geldwesen befindet, Maßnahmen ergreifen wolle, damit die holländischen Gläubiger von ihren deutschen Schuldnern die ihnen zustehenden Beträge erhalten.

In seiner Antwort stellte der Ministerpräsident u. a. fest, daß angesichts der vorläufigen Art der von der deutschen Regierung getroffenen Maßnahmen die holländische Regierung den Zeitpunkt noch nicht für gekommen erachte, um Überlegungen darüber anzustellen, inwiefern Maßnahmen ergriffen werden könnten, um den holländischen Gläubigern behilflich zu sein.

Der Ausweis der Reichsbank.

Devisenzulaß: 248,8 Millionen.

Berlin, 4. August.

Nach dem Ausweis der Reichsbank vom 31. Juli 1931 hat sich in der Ultimeoche die gesamte Kapitalanlage der Bank in Wechseln und Schecks, Comonds und Effekten um 486,3 Millionen auf 3971,5 Millionen RM erhöht. Im einzelnen haben die Bestände an Handelswechseln und -schecks um 409,0 Millionen auf 3272,6 Millionen RM, die Comondbestände um 30,8 Millionen auf 347,0 Millionen RM und die Bestände an Reichsbankwechseln um 46,1 Millionen auf 249,0 Millionen RM zugenommen.

An Reichsbanknoten und Rentenbanknoten zusammen sind 268,5 Millionen RM in den Verkehr abgefließen, und zwar hat sich der Umlauf an Reichsbanknoten um 259,1 Millionen auf 4453,7 Millionen RM, derjenige an Rentenbanknoten um 9,4 Millionen auf 419,2 Millionen RM erhöht.

Die fremden Gelder zeigen mit 833,8 Millionen RM eine Zunahme um 248,8 Millionen RM.

Die Bestände an Gold und bedeutungsfähigen Devisen haben sich um 97,3 Millionen auf 1609,6 Millionen RM erhöht.

Die Abwicklung der Börsengeschäfte.

Die Regelung an der Berliner Börse.

Der Börsenvorstand zu Berlin erläßt u. a. folgende Bekanntmachung:

Börsengeschäfte in Wertpapieren, die bis zum 11. Juli einschließlich nach den Bedingungen für die Geschäfte an der Berliner Wertpapierbörse abgeschlossen worden sind, sind am 6. August 1931 zu erfüllen.

Für die Fälle unterlassener Lieferung oder Zahlung gelten als einschließlich zum Tage der Wiedereröffnung der Börse folgende Bedingungen:

Unterläßt der Verkäufer die Lieferung oder der Käufer die Zahlung, so kann der andere Teil, auch wenn die Erfüllung infolge eines Unfaltes unterlassen worden ist, den der Unterlassende nicht zu vertreten hat, dem Unterlassenden zur Bezahlung der Leistung eine Frist von zwei Wochen, jedoch längstens bis einschließlich zum dritten Tage nach Wiedereröffnung des amtlichen Börsenverkehrs in dem den Gegenstand des Geschäfts bildenden Wertpapier mit der Erklärung bestimmen, daß er die Annahme der Leistung nach dem Ablauf der Frist ablehne. Nach dem Ablauf der Frist kann er vom Betrage zurücktreten, wenn nicht rechtzeitig gestellt wird; der Anspruch auf Schadenersatz wegen Nichterfüllung und auf Erfüllung ist nach Erklärung des Rücktritts ausgeschlossen.

Der Schadenersatz wegen Nichterfüllung kann nur auf Grund eines Zwangsvertrages an der Börse nach Wiedereröffnung des amtlichen Börsenverkehrs in dem den Gegenstand des Geschäfts bildenden Wertpapier berechnet werden.

Sat bei Geschäften vorbehaltlich der Aufgabe, die bis zum 11. Juli 1931 einschließlich abgeschlossen worden sind, der Mutter seinen Auftraggeber die Aufgabe nach nicht beantragt, so ist die Aufgabe bis zum 5. August 1931 einschließlich dem Auftraggeber schriftlich zu melden. Geldbarleben auf festen Termin.

die nach ausdrücklicher oder stillschweigender Vereinbarung für den An- oder Verkauf von Wertpapieren oder für die Sinausgabe abgegebener Wertpapiergehalte bestimmt und innerhalb des Monats August 1931 fällig sind, sind erst Ultimo August 1931 zurückzahlen. Die bis Ultimo Juli 1931 aufgelaufenen Zinsen sind dem Darlehenskapital per 31. Juli 1931 zuzurechnen.

Reichsregierung und Wirtschaftsplan.

Möglichkeiten von Miet- und Tarifentzügen.

Das Reichsministerium ist am Montagmorgen zu einer Sitzung zusammengetreten, die im wesentlichen einer Aussprache mit führenden Wirtschaftlern galt. Zweck der Sitzung war die Erörterung planmäßiger Maßnahmen zur Bekämpfung der wirtschaftlichen Notlage. Entsprechend den Vorüberlegungen war es nicht Zweck der Sitzung, im Augenblick bereits bestimmte Entschlüsse zu fassen, sondern es wurden die Maßnahmen nach der Freigabe des Zahlungsverkehrs erwogen.

In diesem Zusammenhang dürfte eine Reihe von Möglichkeiten zur Auflockerung der Wirtschaft in Vorschlag gebracht worden sein. Dabei wird unter Umständen auch an die Möglichkeit einer Senkung der Mieten gedacht werden müssen, und ebenso sind Maßnahmen notwendig, die eine Ermäßigung gewisser Tarife zur Folge haben.

Notwendigkeit der Devisenverordnung zum Schutz der deutschen Währung.

Gegenüber den Befürwortern, die im Besonderen wegen der deutschen Devisenverordnung gehet, werden, erklärt man in Berliner politischen Kreisen, daß es Deutschland nicht freistehe, die Bewirtschaftung der Devisen durchzuführen, sondern daß es durch seine Lage dazu gezwungen sei. Das Ausland selbst habe Devisen durch seine Kapitalabgänge verlangt, dagegen einen Damm zu errichten. Bei den Stillhaltungsverhandlungen habe sich der größte Teil der Gläubiger zum Stillhalten entschlossen, ein kleinerer Teil sei jedoch nicht damit einverstanden.

Es könne nun dem größten Teil der Gläubiger nicht zugemutet werden, daß aus Deutschland weitere Devisen abgezogen werden. Wie ausdrücklich erklärt wird, richtet sich die Devisenverordnung nicht gegen das Ausland, sondern sie ist lediglich zum Schutz der deutschen Währung und der deutschen Wirtschaft geschaffen worden.

In den nächsten Tagen werden den Richtlinien bezüglich der Devisenverordnung an die Landesfinanzämter ausgegeben werden. Es handelt sich dabei, so wird an zuständiger Stelle erklärt, um eine interne Angelegenheit, so daß eine Veröffentlichung der Richtlinien nicht beabsichtigt ist.

sehen, das Mussolini gibt, und ein Essen in der deutschen Hofkapelle.

Bei dieser Gelegenheit würde Mussolini nach vielen Jahren wieder zum ersten Mal in der deutschen Hofkapelle den Boden des Deutschen Reiches betreten. Wenn die Unterredungen stattfinden, ist bisher noch nicht festgelegt, ob es eine Veranstaltung vorzunehmen, daß vor allem dem Sonnabend für die Unterredungen in Aussicht genommen ist. Der deutsche Botschafter beim Päpstlichen Stuhl, von Bergen, wird Donnerstag in Rom zurückkehren.

Deutsche Tageschau.

Donnerstag Vollziehung des Reichsrats.

Der Reichsrat tritt am Donnerstagmorgen um 10 Uhr zu einer Vollziehung im Reichstagsgebäude zusammen. Auf der Tagesordnung stehen folgende Vorlagen, u. a. der Entwurf eines Kundenerlasses des Reichsfinanzministers über die Herabsetzung der Tages- und Lieferungsbestimmungen der Reichsbeamten (siehe Änderung der Ausführungsbestimmungen der Reichsbeamtenverordnung). Zugezogen ist dem Reichsrat inzwischen auch der Entwurf eines Gesetzes zur Überleitung außerordentlicher Vorschriften in die ordentliche Gesetzgebung (Leberleistungsgelei).

Geländer beleidigt Verkehrsprojekten.

Zu einem außerordentlichen Zwischenfall kam es am Kurfürstendam in Berlin, als der ägyptische Gesandte in Berlin, obwohl der Verkehrsprojekte die Durchfahrt gelappert hatte, mit seinem Wagen weiterfuhr und behalte einen anderen Wagen gerammt hätte. Als der Beamte darauf zur Befreiung der Personalfunktion schreiten wollte, verweigerte ihm der Gesandte die Angaben unter Hinweis darauf, daß er ägyptische Gesandte ist. Als der Beamte trotz dem die Papiere sehen wollte, schloß er die Tür so fest zu, daß die Fensterbrüche zerplitterte. Während der Auseinandersetzung machte der Gesandte eine beschuldigende Andeutung, indem er sich mit der Hand vor die Stirn schlug. Bekannten bestätigten, daß sich der Beamte durchaus häßlich benommen hat.

„Der Angriff“ verboten.

Der Berliner Volksgerichtshof hat heute die Tageszeitung „Der Angriff“ mit sofortiger Wirkung auf die Dauer von drei Tagen verboten worden, weil sie in ihrer Ausgabe vom Montag, den 3. August, unter der Überschrift „Schluß mit der Mordomnium“ Ausführungen brachte, die die öffentliche Sicherheit und Ordnung gefährden. An dem genannten Artikel wird zu Gewalttätigkeiten gegen Personen, also zum Ingerathen gegen die Gesetzgebung anregt. In einem anderen Artikel der gleichen Ausgabe unter der Überschrift „Verleumdung der Polizei“ wieder ein Beschuldigung gegen die Polizei, die die Polizei beschimpft und böswillig verächtlich gemacht worden.

Dr. Wipert von Blücher ist geboren 1882 in Schwerte. Aus dem Justizdienst hervorgegangen, wurde er 1911 in das Auswärtige Amt berufen und 1915 dem Konsulat in Madrid zugewiesen. Nachdem er noch in Tanger, Teheran und Schanghai tätig war, trat er 1915 im Heere Dienst. 1922 der Gesandtschaft in Stockholm zugeteilt, wurde er 1923 Gesandtschaftsleiter zweiter Klasse und im Jahre 1926 zum Reichsminister bei der Gesandtschaft in Buenos Aires ernannt. Von 1929 an war er im Auswärtigen Amt tätig und wurde am 27. Juli 1931 zum Gesandten in Teheran ernannt.

Kleine politische Meldungen.

Aufforderung Hugenbergs zum Volsenscheid. Hugenberg erließ folgende Aufforderung: „Bitte nochmals dringend, froh und kontrolliert, daß Sonntag in jedem Dorf und Bauerhof genügend Anzahl Schöpfer und Führer die Stimmausübung beobachtet und Gummie zur Wahlurne holt.“

Die Streiksituation der Deutschen Volkspartei. An der Sitzung der Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei berichtete Landesamtsminister Dr. Curtius über die außenpolitische Lage. An dem Vortrag schloß sich eine eingehende Aussprache.

Über einen großen Denkmalsentwurf. In französischen politischen Kreisen erwartet man für den 23. August eine bedeutsame Rede des ehemaligen Ministerpräsidenten Briand, der an diesem Tage die Einweihung eines Kriegerdenkmals in Marotte bei Sampigny vornehmen wird.

Colloquium Befanden geübt. Das Befinden des 84jährigen Thomes Gölzer, der einen Jahresanbruch erlitten hatte, hat sich so weit gebessert, daß er bereits einen kleinen Spaziergang vornehmen konnte.

Aus der Umgegend

Nebra, 6. August.

— Nebra. [Sein jüngerer Bruder.] Es dürfte wohl selten vorkommen, daß ein 23-jähriger Student seinen Doktor absolviert. Der Sohn Wilhelm ist aus Gemersdorf in Wollheim und an der Gewerkschaft Hölzchen angetreten. Wilhelm'sches Grundmal erwarb sich vor kurzem an der Universitäts-Markung die philologische Fakultät mit Auszeichnung. Der junge Gelehrte besuchte f. B. die Klosterruine zu Wollheim und war Familie Grunwald, die ja hier noch genaug bekannt ist und sich allseitig beliebt erfreut, fast 1/2, während in Nebra anfällig. — Wir bringen den hoch-erfahrenen Herrn sowohl als auch ihrem frommen Sohne, dem Herrn Dr. phil. Grunwald, die herzlichsten Glückwünsche dar.

— Politische Versammlung. Am kommenden Sonntagabend wird noch einmal Gelehrte besucht sein, in einer öffentlichen Volkshausversammlung im Saale des Schützenhauses ein Vortrag über die Verhältnisse, die die Freunde des Vaterlandes veranlassen haben, einen Volksentscheid zwecks vorzeitiger Auflösung des preussischen Landtages herbeizuführen, anzuhören. Die Einladung zu dieser Versammlung finden die Leser im Anzeigenenteil. Dringend ist der

Preuße! Wirkst Du täglich — feindlich für den Volkseinstimm am kommenden Sonntag? Nur noch wenige Tage stehen für die Aufklärung zur Verfügung. Nutze jede freie Stunde für die Werbung!

Die Anmeldefrist für Zahlungsvorschläge.

Dem Barmehnen nach bestehen Zweifel darüber, wann die Anmeldefrist für die Zahlungsvorschläge gegen über dem Ausland nach der Verordnung vom 27. Juli 1931 (RGBl. I S. 403) abläuft. Wie von der Anmeldestelle für Auslandsschulden (Adresse: Berlin SW. 11) mitgeteilt wird, müssen die formulargemäßen Anzeigen am Freitag, den 7. August, in den Händen der Anmeldestelle sein.

Uebertragung zum unbeschränkten Zahlungsverkehr.

Obgleich offiziell der unbeschränkte Zahlungsverkehr erst aufgenommen werden soll, haben die Berliner Großbanken schon gestern bei ihren Auszahlungen eine gewisse Freizügigkeit walten lassen. Eine Großbank hat sogar der Besitz ihrer Depositionskassen Anweisung gegeben, aller Anforderungen nachzukommen, während die anderen Banken eine Anweisung in dieser Richtung zwar nicht gegeben haben, im „überallige Behandlung aller Kunden beanpruchte veranlassen. Diese Maßnahmen haben wie übereinstimmend mitgeteilt wird, besten Erfolg gezeigt. Überall haben die Einzahlungen die Auszahlungen bei weitem überstritten. Es wird aus Kreisen leitender Personen der bestimmten Ueberzeugung Ausdruck gegeben, daß die Wiederaufnahme des unbeschränkten Zahlungsverkehrs nicht besser und glatter verlaufen sein wird, als man ursprünglich annahm.

Aufsichtsamt der Banken.

Wie aus politischen Kreisen verlautet, hat die Regierung jetzt die feste Absicht, ein Aufsichtsamt für das Bankengeschäft, das in gerade in der letzten Zeit von vielen Seiten gefordert worden ist, einzurichten. Es steht allerdings noch nicht fest, ob es als selbständige Behörde oder als Abhängige der Reichsbank in Erscheinung treten wird. Vorzugsweise wäre entschieden, wenn es eine durchaus selbständige Behörde wäre, da es so von jeder Beeinflussung unabhängig und bedeutend besser geeignet wäre, das Vertrauen des In- und Auslandes für das deutsche Geldwesen wiederherzustellen.

Das italienische Programm.

Zum Kanzlerbesuch in Rom.

Rom, 5. August

Außenminister Grandi, der seit der Londoner Ministerbesprechung auf Urlaub in Südtirol weilte, ist wieder nach Rom zurückgekehrt. Er hat bereits eine Unterredung mit dem deutschen Botschafter von Schubert, die dem bevorstehenden Besuch des Reichsanzalters und des Reichsaussenministers gegolten hat. Es ist anzunehmen, daß das Programm ihrer Italienreise danach bald endgültig festgelegt werden wird. Bisher liegen nur Entwürfe vor. Die Würde des Außenministers in Rom erfordert eine genaue Berechnung der verbleibenden Zeit, und dabei ist noch der Besuch des Reichsanzalters beim Papst besonders zu berücksichtigen, weil der Papst nur ganz bestimmte Audienzenstunden hat. Die Vorbereitungen, die über das Programm bereits von Tagen begonnen worden sind, wurden bis heute fortgesetzt.

Vorbereitend einer amtlichen Befragung ist damit zu rechnen, daß die deutschen Minister als Gäste der italienischen Regierung im Grand-Hotel absteigen werden. Nach dem Austausch der gegenseitigen Besuche dürfte dann in der Villa Borghese ein Frühstück stattfinden, das Grandi zu Ehren seiner Gäste gibt. Als gesellschaftlich bedeutsame Veranstaltung ist ferner ein Dinner im Hotel Excelsior voran-

Auslands-Rundschau.

Außerordentliche Sejmung beabsichtigt? Da die meisten politischen Führer und führenden Mitglieder der Regierungsbürokratie vor ihrem Urlaub nach Warschau, wie es heißt, frühzeitig zurückgekehrt sind, glaubt man, „nehmen zu müssen, daß die Regierung die Absicht hat, den Sejm schon in nächster Zeit zu einer kurzen außerordentlichen Sejmung einzuberufen. Dem Sejm werden alsdann folgende Gesetzentwürfe zur Beratung vorliegen: Gesetz über Verwaltungsstellen, neues Selbstverwaltungsstatut sowie eine Reihe von neuen Steuer-gesetzen.

Bergünstigungen für die russischen Spezialisten.

Das Präsidium des Volksgesundheitsrates der Sowjetunion und des Rates der Volkswirtschaftler hat ein Gesetz über die Verbesserung der Lage der russischen Spezialisten verabschiedet. Danach sollen dieser nur bei den Arbeitern angemessene Vergütungen für die russischen Spezialisten in Kraft gesetzt werden. Sie beziehen sich in der Hauptsache auf die Lebensmittelversorgung, so daß also die Spezialisten dieselben Rationen wie die Arbeiter bekommen. Das Gesetz sieht auch andere Vergünstigungen vor, die teilweise zur Durchführung kommen.

Nantings gefährlichster Gegner erledigt.

Nach mehrjährigen schweren Kämpfen in der Nähe der Stadt Rao Ling an der Peking-Hantau-Eisenbahn hat der Aufstand des Generals I Chingpuan durch sein Ende gefunden, daß sich der General dem mit Nanjing verbundenen mandschurischen Marschall Zhangxiangsheng ergeben hat. Er hat um seine Gefolge nach dem Auslande gebeten. Die Nanjing-Regierung ist sehr über den Fall des Generals erfreut, und man nimmt an, daß der normale Handels- und Eisenbahnverkehr auf der Strecke Peking-Hantau unmittelbar wieder aufgenommen werden kann.

Diplomatische Reviements.

Neue deutsche Gesandte in Bukarest, Athen und Teheran.

Berlin, 5. August.

Der Reichspräsident hat den Grafen Friedrich Werner von der Schulenburg zum Gesandten in Bukarest, den Geheimrat Ernst Eisenlohr zum Gesandten in Athen und Dr. Wipert von Blücher zum Gesandten in Teheran ernannt.

Friedrich Werner Graf von der Schulenburg

wurde 1875 geboren. Aus dem braunschweigischen Justiz- und Verwaltungsamt hervorgegangen, gehört er dem auswärtigen Dienst seit 1901 an. Nach Verwendung im Auswärtigen Amt war er 1905 bis 1906 in Barcelona, Serrera, Prag und Kopenhagen tätig. 1907 erfolgte seine Ernennung zum Gesandten in Bukarest und 1911 zum Konsul in Sifis. 1919 wurde er zunächst kommissarisch in das Auswärtige Amt einberufen und 1921 zum Vortragenden Legationsrat ernannt. Seit 1923 vertritt er das deutsche Gesandtschaft in Teheran und wurde am 18. Juli 1931 zum Gesandten in Bukarest ernannt.

Dr. Ernst Eisenlohr

ist 1882 in Heidelberg geboren. Er ging aus dem badischen Justizdienst hervor. 1911 wurde er in das Auswärtige Amt berufen und dem Generalkonsulat in London zugeteilt. 1912 zum Vizekonsul ernannt, wurde er 1913 mit dem Amt des Konsuls in Sao Paulo de Paulo beauftragt. 1920 erfolgte seine Ernennung zum Gesandtschaftsleiter bei der Gesandtschaft in Sifis und 1923 die zum Gesandtschaftsleiter bei der Gesandtschaft in Serrera. 1925 wurde er in das Auswärtige Amt einberufen und 1926 zum Vortragenden Legationsrat ernannt. Am 21. Juli 1931 erfolgte seine Ernennung zum Gesandten in Athen.

Beschlag dieser letzten Versammlung vor der Entscheidung jedem Wähler und jeder Wählerin anzuraten. Nur noch einige Tage stehen für die Auffklärungsarbeiten zur Verfügung und diese müssen voll ausgenutzt werden, wenn ein Erfolg erreicht werden soll, wenn auch die Gegner des Volkseinstimmes sind auf dem Posten, sie bieten alles auf, durch einen unglücklichen Ausfall der Abstimmung auch weiter Anhänger der Volksabstimmung durch einen noch nie gefamten Steuerdruck zu ziehen.

— Deutsches Turn- und Sportabzeichen. Der Prüfungsausschuß für das Deutsche Turn- und Sportabzeichen gibt folgendes bekannt: Am Donnerstag, den 6. August, nachmittags um 5 Uhr an, findet im Klostergarten zu Wollheim eine Prüfung in den Gruppen I bis IV und am Sonntag, den 9. August Prüfung für Gruppe V statt. Für Bewerber 25 km Gewichtsmaß und für Bewerberinnen 25 km Gehen. Interessenten für Gruppen I—IV sollen sich im Klostergarten und für Gruppe V auf dem Schulplatz zur angegebenen Zeit einfinden.

Die Zahl der Inhaber der Turn- und Sportabzeichen ist auf über 200 000 gestiegen. Der weitaus größte Teil davon entfällt auf das Abzeichen in Bronze, der Rest mit rund 15 000 auf das silberne und goldene. Ueberaus gering ist der Anteil der Frauen: Verhältnis 1:10 zugunsten der Männer. Das Verhältnisabzeichen besitzen fast 700 000 Mitbürger. Hier beträgt das Verhältnis jedoch nur 1:3 für die Frauen.

Klosterleben. Ein Klosterleben, das sich vorzeitigem Tod entgegenstellt, das in dem kleinen Kloster, genannt Fräulein, abgelebt, brachte im Orte viel Aufregung. Seit längerer Zeit verheiratet der zuletzt abgestorbene 24-jährige Schlosser S. Schmidthausen mit einem 17-jährigen Mädchen. In letzter Zeit ist das Mädchen dem Kloster gewichen, den Verheirateten zu lösen, doch scheint der junge Mann damit nicht einverstanden gewesen zu sein. Gestern nachmittag haben sich beide wieder getroffen; sie sind an verschiedenen Stellen im Kloster gesehen worden, niemand hat jedoch etwas Auffälliges im Verhalten des einen oder der anderen bemerkt. Als nun ein anderes junges Mädchen und ein junger Mann gegen 5 Uhr durch die Mäde zur Post gingen, sahen sie zu ihrem Schreck, daß das Mädchen am Boden lag, während Schmidt, gerade im Begriff war, noch einmal nach ihr zu schauen. Durch das Hinzu kommen und der Anblick der Passanten erschreckt, ließ er von seinem Opfer ab und rief die Revolver gegen sich selbst. Hilfe war bald aus den Wohnungen am Bahnhof herzugehrt. Man brachte beide Verletzte in das am Bahnhof gelegene Schenkische Grundstück, holte ärztliche Hilfe und beschleunigte die Angehörigen beider. Die Untersuchung ergab, daß das Mädchen nur leicht am Kopf verletzt war, während die Verletzung bei dem Mörder, der sich in die Brust getroffen hatte, ebenfalls nicht lebensgefährlich sein soll. Nach einem erstmaligen Verbands durch Herrn Sanitari Scheide wurde beide Verletzte dem Kreis Krankenhaus Quierfurt zugeführt. Wie wir nun erfahren, ist das Befinden der Verletzten zufriedenstellend, namentlich wird das bei den Bewohrten junge Mädchen in wenigen Tagen wieder zu ihren Eltern zurückkehren können.

Einkommensteuerbescheid 1930. Die Finanzämter haben mit der Verlesung der Einkommensteuerbescheide für das Rechnungsjahr 1930 begonnen. Sowohl gegen die Steuerfestsetzung als auch gegen die Freilegung der nach der Verordnung vom 1. Dezember 1930 zu entrichtenden Zuschläge steht dem Steuerpflichtigen der Einspruch an das Finanzamt zu. Da aber der Steuerpflichtige die Kosten eines von ihm eingeleiteten Rechtsmittels zu tragen hat, soweit es ihm im endgültigen Ergebnis erfolglos geblieben ist, so empfiehlt es sich, einen Einspruch gegen den Bescheid einzulegen nur dann, wenn Aussicht auf Erfolg gegeben ist. Steuerpflichtigen wird im eigenen Interesse empfohlen, sich das ausführliche Merk-

Paris wird zudringlich.

Der Volksentscheid am 9. August ist eine innerpolitische Angelegenheit des preussischen Volkes. Jede ausländische Einmischung müssen wir uns deshalb ganz energisch verweigern; nicht weniger scharf wenden wir uns gegen das verzerrte, jeden vaterländischen Empfinden höhnpfeifende Vorgehen der Sozialdemokraten, wieder Frankreich als Götzesknecht für ihren Kampf gegen den Volksentscheid zu reklamieren. Am letzten Sonntag haben die Berliner Sozialdemokraten unter Beteiligung ihrer Sportverbände im Neuböllner Stadion eine Antikriegskundgebung veranstaltet, die auf die Tendenz abgeheftet war, nur zu einem sozialistisch geführten Deutschland würde die Welt vertrauen haben, ein nationalpolitisch geführtes Deutschland aber dürfe dieses Vertrauen der Welt nicht beanspruchen. Bezeichnend ist der Ausspruch, den sich der Reichstagsabgeordnete Luffhauer leistete: in zäher Kleinarbeit habe die Sozialdemokratie seit 1918 den Geist des Völkervertrauens erzieht durch den Geist des Vertrauens, Herr Luffhauer ebenso wie der preussische Landtagsabgeordnete Otto Meier waren mit Antipathie gegen die bevorstehenden Volksentscheid dem letzten Redner, dem französischen sozialistischen Kammerdeputierten Grumbach, den Ball zu, den dieser aufging, indem er die Pointe seiner Rede in dem Satz formuliert: ein Sieg der deutschen Reaktion am 9. August würde es der französischen Sozialdemokratie unmöglich machen, ihre Reaktion zum Verstandigungsstillen zu zwingen.

Es ist zunächst eine Selbstmätigkeit von Bergeleichen, wenn die deutschen Sozialdemokraten einem Ausländer Gelegenheit geben, auf deutschem Boden gegen den Volksentscheid Stellung zu nehmen. Im übrigen zeugen die Ausführungen Grumbachs von einer starken Ueberbescheidenheit, wenn er den Eindruck zu erwecken sucht, daß die französische Sozialdemokratie in der Lage ist, ihre Reaktion zum Verstandigungsstillen zu zwingen. Demgegenüber stellt die „Berliner Börzenzeitung“ fest, daß erstens „die französische Reaktion“ stark genug ist, um einen etwaigen „Zwang“ von sozialistischer Seite mit Leichtigkeit abzuwehren, und daß zweitens die französische Sozialdemokratie noch immer in allen großen und grundsätzlichen Entscheidungen mit der französischen „Reaktion“ gegen Deutschland gegenübersteht, obwohl in Deutschland bisher noch nie der Konflikt mit dem Auserwählten war, sondern obwohl die deutsche Außenpolitik weit überwiegend auf sanfteste Tonart gegenüber Frankreich eingestellt war. Der französische Sozialist Grumbach befragt, so meint das Berliner Blatt mit Recht, durch das Geschehene der französischen „Reaktion“, wenn er die dummen Deutschen glauben machen will, ein positiver Erfolg des Volksbegehrens könne französische Absichten, Deutschlands Sozialist zu befeuern, durchkreuzen.

Natürlich benutzt auch die Pariser Presse den Volksentscheid als willkommene Gelegenheit, um sich in die deutsche Innenpolitik einzumischen. Der „Matin“ prophezeit bei einem Erfolg des Volksentscheids nicht nur den Sturz des preussischen Kabinetts, sondern auch „den Zusammenbruch des ganzen Deutschen Reiches“, da die Nationalisten durch die Groberregung Preussens auch die Mehrheit im Reichsrat erlangen würden. In sieben Tagen, so meint der „Matin“, werde man wissen, ob das preussische Volk den Frieden wolle oder Konflikte vorziehe. Auf dieser Basis werde Frankreich seine Entscheidungen gegenüber Deutschland treffen. In diesem Zusammenhang weist die Pariser Presse auch darauf hin, daß der Gegenbesuch des französischen Ministerpräsidenten Laval in Berlin keineswegs feststehe. Der Außenminister Briand würde ja in dem Gegenbesuch nicht teilnehmen können, da seine Erkrankung ihm eine Teilnahme an der Reise nicht gestatte. Aber auch Laval's Besuch dürfte nicht als feststehend. Er hängt offenbar davon ab, wie der Volksentscheid am 9. August ausgehen werde. Bei einem erfolgreichen Volksentscheid werde die französische Regierung wahrscheinlich auf einen Gegenbesuch verzichten, da unter dieser Umständen selbst beim Verbleiben des Kabinetts Brüning

reinerlei Aussichten für eine deutsch-französische Verständigung mehr bestehe. Es sei selbstverständlich, daß unter die fern Umstände die Beteiligung Frankreichs an irgendwelchen Anleiheprojekten für Deutschland nicht mehr in Frage komme.

Diese Ausführungen der französischen Presse, die einer guten Teil Stimmungsmaße enthalten, verdienen die höchste Beachtung. Die nationale Opposition lehnt es ganz entschieden ab, Deutschland zu einem Kaiserreich zu erheben, der auf jeden Fall Frankreich klein beigibt und auf jede Eigenständigkeit verzichtet. Der Kampf um Preußen ist unsere eigene Sache. Weder die taktlosen Redensarten des französischen Sozialisten Grumbach noch die unerschrockenen Drohungen der Pariser Presse werden uns von der Durchführung des Volksentscheids abhalten können.



Sie wollen den Landtag führen.

Den Volksentscheid am 9. August zur Auflösung des Preussischen Landtages wollen diese Männer zum Erfolg bringen: (Oben links) Geheimrat Doktor Jugenberg, Führer der Nationalisten. (Oben rechts) Adolf Hiltner, Führer der Nationalsozialisten. (Unten links) Doktor Dingeldey, Vorsitzender der Deutschen Volkspartei. (Unten rechts) Ernst Thälmann, Führer der Kommunisten.

Stimmschein besorgen!

Das preussische Innenministerium hat bekanntlich den 9. August als Tag des Volksentscheids bestimmt. Er fällt damit mitten in die Reifezeit. Viele Stimmberechtigte werden sich am Tage des Volksentscheids außerhalb ihres Wohnorts befinden. Trotzdem aber können sie sich am Volksentscheid beteiligen, wenn sie sich einen Stimmschein besorgen, der ihnen die Möglichkeit gibt, in jedem beliebigen Stimmlokal innerhalb Preussens ihre Stimme abzugeben.

Der Antrag auf Ausstellung eines Stimmscheins ist an die Gemeindebehörde des Wohnorts zu richten. Die Ausstellung von Stimmscheinen ist bis zum 8. August möglich. Es ist zweckmäßig, dem Antrag eine kurze Begründung beizufügen. Die Tatsache, daß der Antragsteller sich auf Reisen befindet, ist ausreichend.

Inhaber von Stimmscheinen müssen in allen zum preussischen Staatsgebiet gehörenden Orten zur Stimmabgabe zugelassen werden. Mithin also auch in den preussischen

Er- und Entlasten in nichtpreussischen Gebieten. Es sei hier auf folgende Er- und Entlasten aufmerksam gemacht, deren Kenntnis vielen Reisenden die Teilnahme am Volksentscheid wesentlich erleichtern dürfte:

In Württemberg: Die ganzen Hohenzollernschen Lande Hechingen und Sigmaringen. Würtlingen 7 km östl. Rottweil; Bärental 15 km nordöstl. Tuttlingen; Kloster Beuron 16 km östl. Tuttlingen; Talheim 6 km westl. Weßlich; Tiergarten 10 km westl. Sigmaringen; Igelweis 3 km östl. Weßlich; Lautenbrunn 3 km südl. Pfullendorf; Mühlhausen 13 km nördl. Überlingen am Überlinger See; Billafingen und Langenensingen 12 km nordöstl. Sigmaringen und 10 km westl. Riedlingen; Albersberg und Egerstweiler 8 km nördlich Lindau a. B.

In Thüringen: Schmalkalden, Schleusingen, Jegenrück, Ertelade von Jegenrück; Gessell 19 km nordwestl. Hof; Mühlburg und Wanderleben, Ertelade von Ertel 18 km südwestl. Erfurt.

In Mecklenburg-Schwerin: Rottmannshagen.

Erntel!

Was stirtet die Sense im reifen Korn? Deutschland erwache, im heiligen Jorn! Erwache und greife zur starken Wehr! Würgerbanden ziehn um dich her.

Was murrest du doch im Wiesengrund? Glaub nicht an fremder Hilfe Schund! Man will dich knechten nur und drücken! In deiner Brust den letzten Lebenskeim ersticken.

Was braufst du Sturm im Eichenwald? Deutschland erwache, erwache bald! Erwache, ehe es ist zu spät! Eh' der Feind erntet, was er gefät.

Sire du Sense, braufe du Sturm! Blühet ihr Glocken von Turm zu Turm! Herr, mache frei von Not und Schand! Unser heiliges deutsches Vaterland.

Hans Werlich

Feuerschutz durch Einbau von Brandböden.

Die Berichte der Feuerwehren und der Feuererlöschungsgesellschaften lassen deutlich erkennen, daß ein großer Teil alter Hausbrände vom Dachstuhl ausgeht. Die bisherige Bauweise bietet der Ausbreitung eines Dachstuhlbrandes auf das ganze Haus nur wenig Widerstand. Auch werden bei den bisher üblichen Deckenkonstruktionen die unteren Räume durch das Hohlwasser stark in Mitleidenchaft gezogen. Seit Jahren fordern daher zahlreiche Bauoberverländer den Einbau von Brandböden gegen die Feuer- und Wasserbrände. Diese Forderung ist, wie der Deutsche Bauingenieurverein wiederholt nachgewiesen hat, für den Kriegsfall von ganz besonderer Bedeutung. Mögliche Militärlagerbrände werden, daß in kommenden Kriegen Luftangriffe mit Brandbomben eine der größten Gefahren bilden. Da diese Bomben nur wenig wiegen, erzeugen sie Brände besonders in Dachgeschossen. Die schwerste Baupolizei hat die Notwendigkeit, diese Gefahr wirksam zu bekämpfen, erkannt und daher in Stockholm Vorschriften über den Einbau von „Brandböden“ erlassen. Befehle die oberste Decke nicht aus Beton oder anderem feuerfesten Material, so muß in allen Gebäuden mit massivem Mauerwerk die oberste Balkenlage mit einem Brandboden aus Ziegeln vor Feuer geschützt werden. Die schwersten Vorschriften scheinen durchaus durchführbar, da die aufzubewahrenden Kosten nicht unerträglich sein dürften. Die Steigerung der Feuerfestigkeit hat aber auch im Frieden große volkswirtschaftliche Bedeutung.

Der Stahlhelm
Bund der Frontsoldaten,
 Ortsgruppe Nebra
 veranstaltet am **Sonnabend, dem 8. August,** abends 8 1/2 Uhr im **Schützenhaus zu Nebra** eine
öffentliche Kundgebung
für den Volksentscheid.
 Redner: **oberstl. v. Loewenfeld.**
 Eintritt frei. Um rege Beteiligung wird gebeten.
Wer beteiligt sich an einem Autofahrkursus?
 Näheres zu erfragen in der Geschäftsstelle Frau Weitz am Markt.
Neue Vollheringe
 eingetroffen.
Wwe. Meitz.
Spare mündelstimmer **Stadt-Sparkasse Nebra a. u.**
 bei der

Hotel zur Burg
 Sonnabend, den 8. August, 8 Uhr abends
Vortrag
 des Herrn dipl. rer. pol. **Materne**
 über:
Der Weg zum Eigenheim, landwirtschaftliche und städtische Entfaltung
 durch die
„Deutsche Heimat“
 Bau- und Siedlungs-Sparkasse G. m. b. H.
 3. A.: Martin Warthel.

TORPEDO
Herren- und Damen-Motorfahrräder
 mit Zweitakt-Sachs-Motor.
 Steuer- und Führerscheinfrei.
 Gewicht: ca. 33 kg.
 Preis: RM 290.-
TORPEDO
Fahrräder und Schreibmaschinen
Weilwerke Akt.-Ges.,
Frankfurt a/M.

Lesen Sie
 das neue Heft
LUSTIGE BLÄTTER
 Preis 50 Pf.

Die neuen Lohnsteuerfätze
 tratam mit dem 1. Juli in Wirksamkeit.
Die neue Steuertabelle
 zum Ableiten der Steuerfätze bei wöchentlichen, 14-tägigen und monatlicher Auszahlung ist erschienen und vorrätig in der
Buchhandlung Wilh. Sauer, Roßleben

Montag Abend 1/10 Uhr entschlief nach langen mit großer Geduld ertragenen Leiden in der Klinik zu Halle meine mir unvergessliche liebe Frau, meine gute treusorgende Mutter und Großmutter, Schwester, Schwägerin und Tante
Frau Emma Franke
 geb. Lauenroth
 im fast vollendeten 65. Lebensjahre.
 Dies zeigen tiefbetruht an
A. Franke, Stellmachermstr.
Luise Franke
 und übrige Hinterbliebenen.
 Nebra, 4. August 1931.
 Die Beerdigung findet Freitag nachmittag 3 Uhr statt.

Dank.
 Für die vielen Beweise inngiger Teilnahme beim Hinscheiden unserer lieben Mutter sagen wir Allen nur auf diesem Wege unseren herzlichsten Dank.
 Im Namen der Hinterbliebenen:
Paul Webel.
 Nebra, im August 1931.

Nebrer Anzeiger

Amliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“

Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.10 RM — Durch die Post bezogen 1.20 RM

Schriftleitung: Wih. Sauer in Kobleben.
Druck, Verlag und Briefadrede: Sauer'sche Buchdruckerei, Kobleben.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Weis, Markt 24/25.
Fernsprecher: Amt Kobleben Nr. 221. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22 832

Anzeigen sollen: bis 48 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Rahmen 20 Pf. Anzeigenannahme am Drucktag bis 12 Uhr mittags.

Bankkonten: Stadtpostkassa Nebra — Bankverein Atern.

Nr 93

Donnerstag, den 6. August 1931.

44. Jahrgang

Brüning im Rundfunk.

Selbsthilfe und Vertrauen die Voraussetzungen für eine internationale Hilfsaktion.

Berlin, 5. August.

Reichszanzler Dr. Brüning sprach am Dienstag im Rundfunk über die letzte Krise und die Aufgaben für die Zukunft. Die Rede des Reichszanzlers wurde auf alle deutschen Sender und im Anschluß daran in englischer Uebersetzung nach Amerika übertragen.

Einleitend erinnerte Reichszanzler Dr. Brüning an seine vor sechs Wochen anlässlich des Hoover-Planes gehaltene Rede im Rundfunk und verapies darauf, daß seine Warnung vor der Illusion, mit der Annahme des Hoover-Planes seien alle Schwierigkeiten überwunden, nur zu gerechtfertigt gewesen ist. Angesichts der vorbildlichen Ausp mit der das deutsche Volk das über alle Schichten herein gebrochene Unglück ertragen hat, habe es ein Recht darauf, von der Reichsregierung unterrichtet zu werden. In der gesamten Welt habe die Disziplin des deutschen Volk: und sein natürlicher Sinn für Ordnung Anerkennung gefunden.

Die Reichsregierung mußte in den vergangenen Monaten in ihren Maßnahmen, vor allem in der Reparationspolitik, behutsam vorgehen, weil sie sich gewissermaßen der Lage unseres Gesamtmarktes bedingter Gefahren bewußt war. Diese Politik wurde vielfach nicht verstanden. Daher haben sich für Außenstehende die politischen und wirtschaftlichen Ereignisse in den letzten sechs Wochen geradezu überfüllt.

Der Hoover-Plan ist in seinem wesentlichen Inhalt Wirklichkeit geworden, wenn auch seine mehrdeutige Verzögerung schwere Rückschlüsse auf die deutsche Wirtschaft ausgeht hat.

Die in diesen Wochen erfolgte Entziehung kurzfristiger ausländischer Kredite im Milliardenhöhe aus den deutschen Banken bedeutet für unsere Volkswirtschaft am stärksten und gefährlichsten Verlust. Starke Störungen des Zahlungsverkehrs und Erschütterungen des gesamten Wirtschaftslebens waren die naturgemäße Folge.

Ein bedeutsamer Fortschritt ist als Ergebnis dieser Krise anzusehen. Heute ist die gesamte Welt darüber einig, daß die Beziehungen der Völker miteinander auf das engste verflochten sind, daß Störungen im Organismus eines zu großen Wirtschaftskörpers die Deutschland nicht ohne ernste Rückschlüsse auch im Ausland bleiben können. Kein Politiker kann mehr die Möglichkeit des Gegens beweisen, daß die Not eines Volkes nicht der Vorteil der anderen sein kann.

Nach einem Hinweis auf die bevorstehende Reise nach Rom, gab der Kanzler dann auch der Hoffnung Ausdruck, daß der in Paris begonnene

deutsch-französische Gedankenaustausch in einiger Zeit in Berlin in freimütiger Weise fortgesetzt werden wird.

Das Ergebnis dieser ausenpolitischen Besprechungen erklärte der Kanzler weiter, sind naturgemäß nur erste Schritte auf einem Wege, an dessen Ende nach unserer Hoffnung eine dauerhafte internationale Cooperation stehen soll. Zwischen den vorkriegsergebnissen solcher Zusammenkünfte und den durch die dringende Not erzeugten Hoffnungen wird immer eine schmerzliche Diskanz bestehen. So sehr ich dieses Gefühl vernehme und wünsche, so beständig wäre es doch, wenn solche Anfangsentscheidungen imstande wären, den entschlossenen Willen Deutschlands zu hemmen, auf dem beschrittenen und auf die Dauer allein auskömmlichen Wege weiterzugehen.



behandelte der der Sieben- wober er mit habe davon sein nleiche wegen zu erreichen ge n fort: nteile augen der realposit nis liegt einma nteile die Sa g ih, deren n sind vorer tskhilfe un ne Kraft an haben, daß dies Ausstuf eines ann von der in- rengeger sein ist nicht, daß ein ungehen können enge handelspo d angewiesen. schon vor und andlungen darab lage zu ziehen flich der Dresne der Dresner geeignete Schritte erfolgen.

Wirtschaftsplan der Reichsregierung

Devisenverordnung — Banken-Enquete — Gemeindeviennung.

Der Reichszanzler Dr. Brüning war diesmal gut beraten, daß er die Wirtschaftsführer zu Besprechungen über die Wirtschaftslage und die Wirtschaftspläne der Reichsregierung zugezogen hatte. Es zeigte sich nämlich in diesen Verhandlungen, daß auch die Wirtschaftsführer im allgemeinen dem Reichszanzler Dr. Brüning und dem Vizekanzler Dietrich ihre Zustimmung nicht verjagen konnten. Wenn also wiederum versucht werden sollte, den so oft konfliktierten Gegensätzen zwischen Politik und Wirtschaft diesmal wieder zu konfliktieren, so wird das von vornherein nicht gelingen. Bei den Erörterungen kam der

Devisenfrage

besondere Bedeutung zu. Wie es heißt, bestehen innerpau der Reichsregierung selbst gegen die Devisenverordnung ernsthafte Bedenken, aber, so wird berichtet, die Verordnung ist eben aus dem Defizientmangel heraus geboren, und bei einer Beseitigung der Bedenken ist auch mit einer hohlen Erleichterung dieser Verordnung zu rechnen. Den Landesfinanzämtern, die die Devisenbeschränkungen regeln, wird ein Reichsamtbevollmächtigter zugeteilt, damit diese Behörden die Aufgaben des Devisenkommissariats erfüllen können. Wie sich die Verordnung in der Praxis auswirken wird, ist im einzelnen noch nicht zu überlegen, indessen sind aus Kreisen der Exporteure und Importeure die schwersten Bedenken laut geworden, und die amtlichen Vertreter der Handelskammern sind wegen dieser Regelung bereits bei der Reichsregierung vorstellig geworden. Falls sich handelsvertragliche Schwierigkeiten irgendwelcher Art zeigen sollten, wird es Aufgabe der Reichsregierung sein, in Verhandlungswege die zu beilegen, und zwar mit dem Hinweis auf die besondere Bedeutung des Reiches. Der Erfolg der schwierigen Lage, in die der deutsche Export und Import bereits durch die veränderten Zahlungsbedingungen gekommen ist, wirkt sich die neue Devisenverordnung für ihn doppelt verhängnisvoll aus.

Das Hoover-Angebot

über die Rohstofflieferungen darf in seiner Wirkung nicht überschätzt werden. Der Reichsernährungsminister Schiele wird das Angebot über die Weizenlieferung wohl kaum ablehnen. Bei dem übrigen Teil dieses Angebots aber handelt es sich im wesentlichen um die Wiederherstellung der früher geltenden Geschäftsanfänge. Im Hinblick auf

Die Bankenaufsicht

ist in nächster Zeit mit Maßnahmen der Reichsregierung zu rechnen. Die endgültige Form dieser Maßnahmen ist zwar noch nicht beschlossene, aber über die Notwendigkeit einer Bankenaufsicht selbst dürfte kein Zweifel bestehen; in Aussicht ist weiterhin eine Banken-Enquete genommen, die in kürzester Frist durchgeführt werden soll.

Das Problem der Mietaufwertung

entpringt der persönlichen Initiative des Kanzlers, der davon ausgeht, daß die Mieten in den letzten drei Jahren stabil geblieben sind. Der allgemeinen Erwartung sind die Mieten nicht gefolgt. Ein Abbau der Hauszinssteuer allein würde das Problem nicht lösen können, es müßte unter Umständen ein Umbau dieser Steuer erfolgen, der die Mieten sinken läßt, und der den Finanzbedarf der Länder und Gemeinden sichert. Das Problem der

Gemeindeviennungen

wird in den kommenden Monaten eine ganz besondere Rolle spielen, da mit einem Gesamtdesizit der Gemeinden in Höhe von 800 Millionen RM gerechnet werden muß. Das Sparfallenproblem ist ohne das Finanzproblem der Gemeinden sehr schwer lösbar. Einleitende Maßnahmen, die denen es ohne große Härten nicht abgehen wird, werden nicht vermieden werden können. Vorerst aber wird es Aufgabe der Länder sein, vorzugehen. Falls aber gewisse Länder dazu nicht willens oder nicht in der Lage sind, wird es alsdann die Aufgabe des Reiches sein, von sich aus die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen.

Die Stillhalterverhandlungen.

Prolongation kurzfristiger Kredite.

Neunpfer, 5. August

Auf Grund Neunpferer Meldungen ist die Meinung aufgekommen, daß der amerikanische Bankier, der mit der Reichsbank die Verhandlungen über die Verlängerung der kurzfristigen Kredite führte, nicht für alle großen Institute bevollmächtigt war. Nach neueren Meldungen wollen New Yorker Banken gewisse Kategorien kurzfristiger Kredite, insbesondere Warenwechsel, von der Schonfrist ausgenommen haben, um einmal eine Distanzierung solcher Akzente durch die Federal Reservebanken sicherzustellen und zweitens die Weiterführung derartiger Wechselgeschäfte, die durch die Devisenkontrolle der Reichsbank gefährdet ist, zu gewährleisten.

Dagegen sind die Banken bereit, die eine deutsche Gemeinden und Bankfirmen gegebenen kurzfristigen Kredite noch für eine noch zu bestimmende Zeit zu prolongieren. Wallstreet verlangt aber, daß hinsichtlich der Behandlung der deutschen kurzfristigen Kredite gewisse Einvernehmen mit den englischen, französischen, holländischen und Schwei-

zer Bankiers herbeigeführt wird, was weitere Verhandlungen erfordert. Diese dürften zweifellos einige Tage in Anspruch nehmen.

Die Umwandlung der kurzfristigen Kredite in langfristige Kredite wird in Wallstreet-Kreisen als unpraktisch, ja sogar als unernünftig erachtet. Man argumentiert, daß der in London eingeleitete Finanzausgleich besser wäre, über die Möglichkeit zulänglicher langfristiger Kredite zu verhandeln; denn erstens könnte man von seinem Bankier erwarten, daß er ohne weiteres einer Umwandlung zustimme, zweitens brauche Deutschland langfristige Kredite, um seinen Außenhandel aufrechtzuerhalten.

Franszösische Beteiligung gesichert.

Am Verlauf der Ausschussung der Großbankvertreter wurden die deutschen Vorschläge noch einmal eingehend geprüft und nur geringfügige Abänderungen beantragt. Die französische Beteiligung am Stillhalterkontingent ist gesichert, und man hat in dieser Frage von Paris aus keine Schwierigkeiten mehr zu erwarten.

Der bei den Verhandlungen genommene Einbruch wird von deutscher Seite als durchaus günstig bezeichnet. Ebenso hat auch auf französischer Seite über die deutschen Vorschläge Befriedigung herrschen.

Keine Hilfsmaßnahmen für die holländischen Gläubiger

Die holländische Regierung war von einem Mitglied der Zweiten Kammer gefragt worden, ob sie angesichts der Krise, in der sich das deutsche Bank- und Geldwesen befindet, Maßnahmen ergreifen wolle, damit die holländischen Gläubiger von ihren deutschen Schuldnern die ihnen zustehenden Beträge erzielten.

In seiner Antwort stellte der Ministerpräsident u. a. fest, daß angesichts der vorläufigen Art der von der deutschen Regierung getroffenen Maßnahmen die holländische Regierung den Zeitpunkt noch nicht für gekommen erachte, um Überlegungen darüber anzustellen, inwiefern Maßnahmen ergriffen werden könnten, um den holländischen Gläubigern Gehilich zu sein.

Der Ausweis der Reichsbank.

Devisenfuß: 248,8 Millionen.

Berlin, 4. August.

Nach dem Ausweis der Reichsbank vom 31. Juli 1931 hat sich in der Bilanzmonate die gesamte Kapitalanlage der Bank in Wechseln und Schecks, Combars und Effekten um 486,3 Millionen auf 3971,5 Millionen RM erhöht. Im einzelnen haben die Bestände an Handelswechseln und Schecks um 409,0 Millionen auf 3272,6 Millionen RM, die Combarbestände um 30,8 Millionen auf 347,0 Millionen RM und die Bestände an Wechseln um 46,1 Millionen auf 249,0 Millionen RM zugenommen.

An Reichsbanknoten und Rentenbanknoten zusammen sind 288,5 Millionen RM in den Verkehr abgeflossen, und zwar hat sich der Umlauf an Reichsbanknoten um 259,1 Millionen auf 445,7 Millionen RM, derjenige an Rentenbanknoten um 9,4 Millionen auf 41,2 Millionen RM erhöht.

Die fremden Gelder zeigen mit 833,8 Millionen RM eine Zunahme um 248,8 Millionen RM.

Die Bestände an Gold und bedungensfähigen Devisen haben sich um 97,3 Millionen auf 1609,6 Millionen RM erhöht.

Die Abwicklung der Börsengeschäfte.

Die Regelung an der Berliner Börse.

Der Börsenvorstand zu Berlin erläßt u. a. folgende Bekanntmachung:

Kassengeschäfte in Wertpapieren, die bis zum 11. Juli einschließlich nach den Bedingungen für die Geschäfte an der Berliner Wertpapierbörse abgeschlossen worden sind, sind am 6. August 1931 zu erfüllen.

Für die Fälle unterlassener Lieferung oder Zahlung gelten die einschlägigen zum Tage der Wiedereröffnung der Börse folgende Bedingungen:

Unterläßt der Verkäufer die Lieferung oder der Käufer die Zahlung, so kann der andere Teil, auch wenn die Erfüllung infolge eines Umstandes unterlassen worden ist, den der Unterlassende nicht zu vertreten hat, dem Unterlassenden zur Bewirkung der Leistung eine Frist von zwei Wochen, jedoch längstens bis einschließlich zum dritten Tage nach Wiedereröffnung des amtlichen Börsenverkehrs in dem den Gegenstand des Geschäfts bildenden Wertpapier mit der Erklärung bestimmen, daß er die Annahme der Leistung nach dem Ablauf der Frist ablehne. Nach dem Ablauf der Frist kann er vom Vertrage zurücktreten, wenn nicht rechtzeitig geliefert wird; der Anspruch auf Schadenersatz wegen Nichterfüllung und auf Erfüllung ist nach Erklärung des Rücktritts ausgeschlossen.

Der Schadenersatz wegen Nichterfüllung kann nur auf Grund eines Zwangsverlaufs an der Börse nach Wiedereröffnung des amtlichen Börsenverkehrs in dem den Gegenstand des Geschäfts bildenden Wertpapier berechnet werden.

Hat bei Geschäften vorbehaltlich der Aufgabe, die bis zum 11. Juli 1931 einschließlich abgeschlossen worden sind, der Käufer seinem Auftraggeber die Aufgabe noch nicht benannt, so ist die Aufgabe bis zum 5. August 1931 einschließlich dem Auftraggeber schriftlich zu melden.

Geldbarkeiten auf festen Termin.